

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



6 | 2025

72. Jahrgang

BSBD sieht den
TV-L Verhandlungsrunden
entgegen

Angriff auf das
Berufsbeamtentum
– wir halten dagegen!

Die Lage im Justizvollzug in Deutschland
Stand 2025 und Ausblick auf 2026

Die Lage im Justizvollzug in Deutschland

Stand 2025 und Ausblick auf 2026



René Müller, BSBG-Bundesvorsitzender

Der Straf- und Justizvollzug in Deutschland steht im Jahr 2026 vor enormen Herausforderungen. Die Justizvollzugsanstalten (JVA) sind mittlerweile an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen, und viele Einrichtungen sind überbelegt. Besonders in Bundesländern wie Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Hessen und dem Saarland liegen die Belegungszahlen für männliche erwachsene Gefangene bei über 90 Prozent, teils sogar über 100 Prozent. In städtischen Regionen wie Hamburg, Berlin, Bremen oder auch Niedersachsen überschreiten die Belegungszahlen permanent die Auslastungsgrenze (weit über 100 Prozent), was die bestehenden Ressourcen regelmäßig überlastet.

Trotz der steigenden Zahl an Gefangenen ist eine Erhöhung des Personalbestandes nur schwer möglich, da geeignete Bewerbungen in der erforderlichen Zahl fehlen. In einigen Einrichtungen werden Zellen bereits mehrfach belegt, was zu einer erheblichen Belastung sowohl der Infrastruktur als auch des Personals führt.

Politische und gesellschaftliche Einflussfaktoren

Die innenpolitische Diskussion über den Strafvollzug wird zunehmend intensiver. Ein besonders brisantes Thema ist die Frage nach Ersatzfreiheitsstrafen. Obwohl viele Landesjustizministerien grundsätzlich daran festhalten, gibt es kritische Stimmen, die die Auswirkungen auf die Belastung der Anstalten und die sozialen Folgen hinterfragen. Die Übernahme von Sicherheitsaufgaben für andere Behörden und die Erfüllung nicht ori-

ginärer Justizvollzugsaufgaben verschärfen die Situation zusätzlich.

Die Kapazitätsengpässe im Strafvollzug werden zunehmend zur politischen Frage – sowohl hinsichtlich der finanziellen Belastung als auch im Hinblick auf die Erreichung der eigentlichen Vollzugsziele.

Auch die Arbeitsbedingungen und die Ausstattung der Mitarbeitenden im Justizvollzug rücken stärker in den Fokus. Überlastete Anstalten bedeuten gleichzeitig eine größere Herausforderung für die Sicherheit, Ordnung und Resozialisierung der Gefangenen.

Ziele des Strafvollzugs und Herausforderungen der Zielverwirklichung

Das gesetzlich festgelegte Ziel des Strafvollzugs besteht darin, den Gefangenen „fähig zu machen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen“. Doch angesichts der hohen Auslastung und struktureller Defizite ist die Verwirklichung dieses Ziels zunehmend erschwert. Wenn Haftplätze knapp werden und Mehrfachbelegungen erforderlich sind, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass eine individuelle Betreuung, therapeutische Maßnahmen oder Bildungs- und Arbeitsangebote in ausreichendem Maße angeboten werden können. Die Frage, wie Personal, Ausstattung und Infrastruktur modernisiert werden können, um den Strafvollzug zukunftsfähig auszurichten, bleibt ebenso ungelöst. Ein „Weiter so“ ist nicht möglich, da die gravierenden Personalvakanz aufgrund der altersbedingten Abgänge in den kommenden Jahren bestehen bleiben.

Ausblick auf 2026: Notwendige Handlungsfelder und Lösungsansätze

Im Jahr 2026 werden die Justizministerien weiterhin vor der Herausforderung stehen, die Kapazitäts- und Strukturfragen des Justizvollzugs zu adressieren. Es gilt, die Knappheit an Haftplätzen und die damit verbundene Überbelegung zu entschärfen. Mögliche Maßnahmen könnten der Ausbau von Haftanstalten oder die Einführung alternativer Formen der Vollstreckung sein.

Die Forderung nach einer Bundeshaftanstalt, die in der Zuständigkeit des Bundesjustizministeriums liegt und für bestimmte Inhaftierungen (beispielsweise Extremisten)

zuständig wäre, könnte die einzelnen Bundesländer erheblich entlasten. Zudem muss geprüft werden, ob die Ressourcenzuweisung in den Bereichen Personal, Technik und bauliche Infrastruktur den heutigen Anforderungen gerecht wird. Eine stärkere Beteiligung des Bundes im Rahmen des „Paktes für den Rechtsstaat“ wäre hierbei von großer Bedeutung.

Ein weiterer dringender Handlungsbedarf liegt in der Klärung der Aufgabenverteilung zwischen dem Justizvollzug und anderen Institutionen, insbesondere im Hinblick auf die Abschiebehaft. Der Justizvollzug kann und darf nicht dauerhaft die Verantwortung für Aufgaben übernehmen, die in den Bereich des Ausländerrechts oder anderer Behörden gehören. Falls diese Aufgaben, wie bereits in einigen Ländern praktiziert, vermehrt auf die Justizvollzugsanstalten übertragen werden, ist eine deutliche personelle und finanzielle Verstärkung als zusätzlicher Ausgleich erforderlich.

Psychisch auffällige Gefangene: Ein weiteres Entlastungsfeld

Die Unterbringung von psychisch auffälligen Gefangenen in geeigneten Einrichtungen wäre ein wichtiger Schritt zur Entlastung des Personals und zur Verbesserung der Versorgung dieser besonders vulnerablen Gruppe. Der Ausbau psychiatrischer Einrichtungen und die vermehrte Aufnahme psychisch erkrankter Gefangener in solche Institutionen könnte die Belastung der Justizvollzugsanstalten erheblich mindern.

Personalgewinnung und -bindung: Ein bleibendes zentrales Thema für 2026

Die Personalgewinnung und -bindung bleibt auch im Jahr 2026 ein zentrales Thema. Die Mitarbeitenden im Justizvollzug sind zunehmend gefordert – sowohl in Bezug auf die steigenden Anforderungen an Sicherheit und Resozialisierung als auch durch die schwierigen Arbeitsbedingungen. Um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten, sind attraktive Arbeitsbedingungen, moderne Justizvollzugsanstalten, eine exzellente Sicherheitsausstattung und Weiterbildungsmöglichkeiten unerlässlich. Dazu gehören auch eine faire Besoldung sowie ein adäquates berufliches Entwicklungssystem.

Digitalisierung: Eine notwendige Modernisierung im Justizvollzug

Die Digitalisierung darf auch im Justizvollzug nicht länger aufgeschoben werden. Sie bietet zahlreiche Chancen – von der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen bis hin zu digitalen Bildungsangeboten für Inhaftierte. Doch es gibt auch Risiken, insbesondere im Bereich Datenschutz und Sicherheit, die im Jahr 2026 berücksichtigt werden müssen. Um die Mitarbeitenden zu entlasten und eine modernere Kommunikation zwischen Anstalten und der Außenwelt zu ermöglichen, ist es notwendig, die digitalen Infrastrukturen in den Justizvollzugsanstalten zu erweitern. Eine finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung, insbesondere im Rahmen des „Paktes für den Rechtsstaat“, wäre hier entscheidend.

Resozialisierung und Qualitätsverbesserung im Vollzug

Trotz hoher Auslastung muss die Qualität des Vollzugs weiterhin im Vordergrund stehen. Insbesondere besondere Gruppen wie psychisch erkrankte Gefangene, Gefangene mit Kindern oder Jugendliche benötigen differenzierte Betreuungs- und Förderange-

bote. Diese müssten weiter ausgebaut und verstärkt werden. Die Resozialisierung muss wieder deutlicher in den Vordergrund gerückt werden. Ebenso sollte geprüft werden, wie Ersatzfreiheitsstrafen und andere alternative Vollstreckungsformen reformiert werden können, um den Vollzug zu entlasten und gleichzeitig den Grundsatz der Verantwortungsübernahme aufrechtzuerhalten.

Fazit und Ausblick auf die Zusammenarbeit

Der Justizvollzug in Deutschland befindet sich an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Herausforderungen in den Bereichen Kapazität, Personal, Infrastruktur und Resozialisierung sind gewaltig, aber nicht unlösbar. Für 2026 ist es entscheidend, die Strukturen des Justizvollzugs weiter anzupassen, die Aufgaben klar abzugrenzen und die Mitarbeitenden zu stärken.

Der Bundesverband der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) wird auch im kommenden Jahr eine wichtige Rolle als Sprachrohr für die Beschäftigten im Justizvollzug spielen. Wir werden weiterhin Missstände aufzeigen, konstruktive Vorschläge machen und die Zusammenarbeit mit der Politik vorantreiben.

Nur so können wir sicherstellen, dass der Justizvollzug seiner wichtigen Aufgabe als Bestandteil des Rechtsstaats gerecht wird.

Abschließende Worte

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug herzlich bedanken. Ihr Engagement, Ihre Verantwortung und Ihre Zuverlässigkeit sind unverzichtbar für den reibungslosen Ablauf unseres Rechtsstaats. Die Arbeit, die Sie täglich leisten – die Aufsichtung, Betreuung und Resozialisierung von Gefangenen – trägt maßgeblich zur Sicherheit unserer Gesellschaft bei.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2026. Möge das kommende Jahr Ihnen Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolg bringen – sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich.

Mit den besten Grüßen,

René Müller
Bundesvorsitzender



STARK, WENN'S DRAUF ANKOMMT

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

Beste Leistungen erlebst du, weil wir mit ganzem Herzen für dich da sind.

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.

Handelsblatt
BESTE Krankenversicherer
1. Platz 2025
Debeka

Mehr Infos? Hier scannen!

Debeka
Das Füreinander zählt.

Starke Gemeinschaft seit Generationen

Was macht eine gute Krankenversicherung aus? Dass sie stark ist, wenn es darauf ankommt

Was ist wirklich wichtig bei einem Krankenversicherer, dem Menschen ihre Gesundheit anvertrauen? Er sollte ein zuverlässiger Partner sein, der in schwierigen Zeiten eine optimale Versorgung bietet und bei dem die Gesundheit seiner Mitglieder an erster Stelle steht, damit Versicherte schnell wieder auf die Beine kommen, wenn eine Krankheit sie aus der Bahn wirft.

Die Debeka ist eine Gemeinschaft, die stark ist, wenn es darauf ankommt. Dies hat Tradition bei dem genossenschaftlich organisierten Versicherer, der bereits vor 120 Jahren von Beamten für Beamte gegründet wurde. Dieser Gemeinschaftsgedanke wird von Generation zu Generation weitergegeben und gelebt. Diese Philosophie und die besonderen Leistungen für ihre Mitglieder überzeugen regelmäßig unabhängige Analysten, wie zum Beispiel das Handelsblatt, das die Debeka mit Platz 1 als bester Krankenversicherer 2025 mit einem Gütesiegel ausgezeichnet hat.

Zu einer starken Gemeinschaft gehören Modelle, die steigende Gesundheitskosten für ihre Mitglieder abfedern. Eine Möglichkeit ist es, kostenbewusstes Verhalten zu belohnen: Die Debeka erstattet bis zu zwei Monatsbeiträge zurück, wenn in einem Jahr keine Leistungen in Anspruch genommen wurden. Eine weitere Option ist, Treue zu honorieren. Dies geschieht, indem ein Teil der Beiträge als Alterungsrückstellungen zurückgelegt wird, damit im Alter die Beiträge stabiler bleiben.

Was zeichnet einen Krankenversicherer aus, der Wert darauf legt, seine Mitglieder zu schützen? Er investiert in Angebote, die die Gesundheit seiner Mitglieder erhalten oder verbessern und bietet exklusive Leistungen, wie etwa Vorsorge, Gesundheitsprogramme, neue Untersuchungsmethoden, Gesundheits-Apps sowie besondere Angebote – beispielsweise bei Kinderwunsch, Schwangerschaft oder Augengesundheit.

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.,
Hauptverwaltung, 56058 Koblenz, Tel. (02 61) 4 98 - 0,
E-Mail: info@debeka.de, www.debeka.de

Starker Austausch mit dem Bundesjustizministerium

BSBD-Bundesvorsitzender René Müller war bei Bundesjustizministerin Stefanie Hubig

Berlin, Bundesjustizministerium – ein Ort, an dem die großen Linien der Justizpolitik gezogen werden. Umso wichtiger ist es, dass die Stimmen derjenigen gehört werden, die diese Politik täglich mit Leben füllen: die Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten.

Gemeinsam mit den Justizgewerkschaften fand in Berlin ein vom dbb beamtenbund und tarifunion organisiertes Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) statt. Unter der Leitung des dbb-Vorsitzenden Volker Geyer kam es zu einem intensiven und offenen Austausch, der deutlich machte, dass der Dialog zwischen Praxis und Politik wichtiger denn je ist.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen zentrale Zukunftsthemen: der Pakt für den Rechtsstaat, die Digitalisierung der Justiz und die Einführung der elektronischen Akte. Dabei wurde betont, dass die Digitalisierung nicht nur technische Ausstattung bedeutet, sondern eine tiefgreifende Modernisierung der Arbeitsprozesse – mit dem Ziel, Verfahren effizienter zu gestalten, Bürokratie abzubauen und den Beschäftigten den Rücken zu stärken.

Ein besonders dringliches Thema war die gravierende Personalnot in den Justizberufen. Ob in Gerichten, Staatsanwaltschaften oder Justizvollzugsanstalten – überall zeigt sich, dass das System nur durch das außerordentliche Engagement der Kollegin-



Die Justizgewerkschaften bei der Bundesjustizministerin: René Müller (links), Volker Geyer (dritter von links) und Justizministerin Stefanie Hubig (Mitte)

nen und Kollegen funktioniert. Ich habe in Berlin deutlich gemacht: Wir dürfen unsere Anstalten auch im IT-Bereich nicht allein lassen. Die digitale Infrastruktur im Justizvollzug muss Schritt halten mit den Anforderungen einer modernen Verwaltung. Dazu gehört auch, dass Schulungen, IT-Support und technische Ausstattung nicht länger von knappen Ressourcen abhängen dürfen.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Nachwuchsgewinnung. Die Idee einer bundesweiten Imagekampagne für die Justizberufe, wie sie das Bundesjustizministerium bereits vor einigen Jahren angestoßen hatte, sollte aus unserer Sicht dringend wieder aufgegriffen werden. Eine zentrale und moderne Werbekampagne könnte das Interesse an den vielfältigen Berufen in der Justiz – vom Gericht über die Staatsanwaltschaft bis zum Justizvollzug – deutlich steigern. Gerade in Zeiten, in denen viele Bundesländer mit massiven Personalengpässen kämpfen, wäre das ein starkes Signal. Ich freue mich besonders, dass die Bundesleitung des BSBD unmittelbar im Anschluss ein direktes Gespräch mit der Bundesjustizministerin vereinbart hat. Dabei werden wir gezielt die Themen des Justizvollzugs

in den Mittelpunkt stellen – von der Personalbindung über die Sicherheitsausstattung bis hin zur Digitalisierung und Gesundheitsprävention. Dieses direkte Gespräch auf höchster Ebene ist ein wichtiger Schritt, den wir in der Vergangenheit leider schmerzlich vermisst haben.

Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen, dass die Arbeit im Justizvollzug endlich die Anerkennung, die Ausstattung und die Aufmerksamkeit erhält, die sie verdient. Der Austausch in Berlin hat gezeigt, dass wir auf Bundesebene Gehör finden – und dass es sich lohnt, hartnäckig, sachlich und geschlossen für unsere Kolleginnen und Kollegen einzutreten.

Denn der Justizvollzug ist und bleibt ein unverzichtbarer Pfeiler des Rechtsstaats – und wir sind seine Stimme.

René Müller, Bundesvorsitzender



Volker Geyer, dbb Bundesvorsitzender

Angriff auf das Berufsbeamtentum – wir halten dagegen!

Von René Müller, Bundesvorsitzender des BSBD

In den vergangenen Wochen mussten wir erleben, wie führende Politikerinnen und Politiker der Regierungsparteien das Berufsbeamtentum mit bedenklichen Aussagen in Frage stellen. Äußerungen, wie sie etwa von Bärbel Bas oder Carsten Linnemann getroffen wurden, offenbaren aus BSBD-Sicht eine offensichtliche Unkenntnis der Bedeutung des Berufsbeamtentums für unseren Staat. Als Bundesvorsitzender des BSBD-Bund und Mitglied im dbb beamtenbund schließe ich mich den Aussagen des dbb Bundesvorsitzenden Volker Geyer an und sage klar und unmissverständlich: Das Berufsbeamtentum ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Demokratie.

Es sorgt dafür, dass der Staat funktioniert – unabhängig von parteipolitischen Interessen, stabil in Krisenzeiten und verlässlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Beamtinnen und Beamte tragen tagtäglich Verantwortung für die Sicherheit, den Rechtsstaat und das Gemeinwohl. Sie stehen für Neutralität, Loyalität und Kontinui-

tät – Werte, die unsere Demokratie zusammenhalten. Hoheitsrechtliche Aufgaben wie die Durchsetzung der Sicherheit in unserem Land ist Aufgabe von Beamtinnen und Beamten.

Gerade im Justizvollzug sehen wir täglich, was dieser Dienst bedeutet: hohe Verantwortung, schwierige Arbeitsbedingungen, psychische und physische Belastungen und eine tiefe Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft. Wer unter diesen Bedingungen arbeitet, verdient Respekt und Anerkennung – nicht Misstrauen oder populistische Kritik. Der dbb Bundesvorstand hat in seiner letzten Sitzung deshalb ein klares Zeichen gesetzt: Wir werden diesen Angriffen geschlossen, entschlossen und laut entgegen-treten – gemeinsam mit allen Mitgliedsge-werkschaften, darunter auch der BSBD. Es geht hier nicht um Privilegien, sondern um die Stabilität und Handlungsfähigkeit des Staates.

Das Berufsbeamtentum hat sich in Krisen, Katastrophen und Pandemien immer wieder

bewährt. Beamtinnen und Beamte können nicht streiken, sie können sich ihre Einsätze nicht aussuchen – aber sie stehen ein, wenn es darauf ankommt. Sie sichern Bildung, Rechtsprechung, öffentliche Sicherheit und Verwaltung. Wer dieses System schwächt, gefährdet das Fundament unserer Demokratie.

Wir erwarten von der Politik, dass sie Verantwortung übernimmt und das Berufsbeamtentum stärkt – statt es zum Spielball kurzfristiger Debatten zu machen. Wer Stabilität will, braucht Verlässlichkeit. Wer Demokratie will, braucht ein starkes Berufsbeamtentum.

Ich sage es deutlich: Wir lassen uns nicht spalten. Wir werden weiterhin mit Überzeugung, Sachlichkeit und Geschlossenheit für unsere Kolleginnen und Kollegen eintreten – für ein Berufsbeamtentum, das Respekt verdient, weil es das Rückgrat und der unverzichtbare Pfeiler unserer Demokratie ist.

René Müller, Bundesvorsitzender

SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Hervorragende Absicherung bei Dienstunfähigkeit.

Als Justizbeamtin oder Justizbeamter sorgen Sie für die Sicherheit und Ordnung in den Justizvollzugsanstalten. Trotz Ihrer Top-Ausbildung kann hierbei immer etwas passieren und Sie werden dienstunfähig. Machen Sie dies deswegen keinen Kopf: Mit unserer speziellen Dienstunfähigkeitsabsicherung stehen wir an Ihrer Seite. Lassen Sie sich gleich ein persönliches Angebot erstellen!



SIGNAL IDUNA Gruppe
Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-info@signal-iduna.de



Medienarbeit in der Gewerkschaft

Seminar in Hamburg



15 Kolleginnen und Kollegen begrüßte Bundesseminarleiter Winfried Conrad beim Seminar Medienarbeit in Hamburg

„Wie organisiere ich die Medienarbeit in der Gewerkschaft?“, lautete die Überschrift des dritten BSBD Seminars im Jahr 2025. Eingeladen hatte der Bundesseminarleiter Winfried Conrad ins Leonardo-Hotel nach Hamburg-Stillhorn.

Insgesamt 15 Kolleginnen und Kollegen nahmen die Gelegenheit wahr und hatten die Reise nach Hamburg angetreten. Nach einer kurzen Begrüßungsrunde startete der BSBD-Bundesvorsitzende René Müller mit seinem Vortrag. Er berichtete über seine Erfahrungen mit der Pressearbeit auf Bundesebene. Als Vorsitzender der größten Vollzugsgewerkschaft Deutschlands konnte Kollege Müller von vielen Terminen mit den Medien berichten. Neben Fernsehen und Radio lag der Fokus auch auf den Printmedien. Dabei wies er auf die Unterschiede zwischen den öffentlich-rechtlichen Medien und den privaten Sendern hin. Wichtig ist bei Pressekontakten insbesondere den Blick auf die Kernbotschaften des BSBD zu richten. Auch in Pressekontakte zu gehen ohne sich bewusst zu sein, dass das Interview eine falsche Richtung einschlagen kann, ist möglich.

Als Referentin für den zweiten Seminartag hatte der Bundesseminarleiter durch Vermittlung der dbb akademie Constanze von Poser gewinnen können. Frau von Poser kommt aus Köln und ist Mental-Coach, Kommunikationstrainerin, Dozentin an verschiedenen Akademien und Hochschulen, Emotion Code-Anwendungen, Autorin, Intranet-Redakteurin in der Unternehmenskommunikation einer internationalen Company, freiberufliche Journalistin, Schwerpunkt Hörfunk und Kommunikationsberaterin/Redakteurin/Texterin. Studiert hat sie Kommunikationswissenschaft, Marketing und Anglistik, mit Abschluss M.A. Die Ausführungen und Übungen standen unter der Überschrift „Am Mikro überzeugen – praktisches Medientraining“. Die Agenda des Vortrages bestand aus Medien-Grundlagen, Interview-Techniken/Tipps, Körpersprache/Sprache, Lampenfieber, Praxis Hören und Sehen und Feedback. Nach Abfrage bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die Erwartungshaltung erfolgte sofort der Einstieg in die Thematik. Vorbereitet wurde von jedem einzelnen Seminarteilnehmer die Abgabe eines Statements vor dem Mikro. Dabei wurden

zunächst die Basics der Pressearbeit erläutert und über alles Wissenswerte zur Abgabe eines Statements vermittelt. Dann ging es ans Üben und die praktische Umsetzung des Vermittelten. Alle Anwesenden gaben ein vorbereitetes Statement vor dem Mikrofon ab. Die Resultate wurden anschließend in der Seminargruppe unter Federführung von Frau von Poser diskutiert. Wie im Fluge ging dieser hochinteressante und sehr informative Seminartag zu Ende.

Am letzten Seminartag stand die Vorbereitung einer Pressekonferenz an. Winfried Conrad selbst referierte über dieses Thema. Auch hier standen praktische Übungen im Mittelpunkt der Informationsvermittlung.

Zum Ende dankte der Seminarleiter den Kolleginnen und Kollegen für ihr großes Engagement und Interesse. Er versprach, auch weiterhin die Pressearbeit in der Gewerkschaft als Thema für Fortbildungsseminare anzubieten.

Winfried Conrad



Kollegin Anke Pöhl wurde als Fortbildungsbeauftragte des LVHS Hamburg verabschiedet. Bundesseminarleiter Winfried Conrad nahm die Gelegenheit beim Landesgewerkschaftstag in Hamburg wahr, sich bei der Kollegin für die langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken.



Kollegin Tina Klix übernahm als Nachfolgerin von Anke Pöhl die Fortbildungsarbeit im Landesverband Hamburg

Jetzt sind wir dran! – BSBD kämpft für starke Ergebnisse in der Einkommensrunde 2025/2026

Am 17. November 2025 ist es so weit: In einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand (BuVo) und Bundestarifkommission (BTK) des dbb beamtenbund und tarifunion wird die Forderung für die Einkommensrunde 2025/2026 mit den Ländern (TV-L) beschlossen.

Diese Entscheidung steht am Ende eines intensiven Beteiligungsprozesses: In zahlreichen Regionalkonferenzen haben Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes ihre Erwartungen deutlich gemacht – auch der BSBD war überall präsent, hat hingehört, gesammelt, eingefordert. Das Ergebnis ist klar: Es reicht!

Zeit für echte Anerkennung im Justizvollzug

Unsere Arbeit im Justizvollzug ist anspruchsvoll, gefährlich und unverzichtbar – und sie muss endlich auch so bezahlt und abgesichert werden.



Wir fordern:

- Gespräche zur Entgeltordnung im Justizvollzug mit dem klaren Ziel, EG 8 und EG 9 für den allgemeinen Vollzugsdienst einzuführen. Nur so wird der hohe Verantwortungsgrad unserer Arbeit realistisch abgebildet.

- Eine arbeitgeberfinanzierte Berufsunfähigkeitsversicherung für alle Vollzugsbediensteten mit Gefangenenkontakt. Wer täglich Sicherheit garantiert, verdient selbst Sicherheit – und zwar über den Arbeitstag hinaus!
- Diese Punkte stehen stellvertretend für viele Forderungen, die eines gemeinsam haben: Respekt, Wertschätzung und faire Bezahlung für die Menschen, die den Laden am Laufen halten.
- Ferner fordern wir eine deutliche lineare Gehaltserhöhung für Tarifbeschäftigte und Beamte.

Gemeinsam. Entschlossen. Laut.

Der BSBD stellt sich auf einen harten Arbeitskampf ein – und wir sagen es offen: Wenn wir nicht selbst für unsere Rechte und Forderungen eintreten, tut es niemand!

Darum rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen auf: Beteiligt euch an den kommenden Aktionen, macht mit, zeigt Gesicht! Nur wenn wir gemeinsam laut werden, können wir Druck aufbauen und spürbare Verbesserungen erreichen.

Denn eines ist klar: Personal gewinnen wir nicht durch schöne Worte, sondern durch gute Bezahlung und faire Bedingungen. Angesichts überfüllter Vollzugsanstalten und einer immer schwieriger werdenden Personallage muss die Stärkung des Justizvollzugs endlich oberste Priorität haben.

Wir fordern nicht mehr und nicht weniger als das, was uns zusteht:

Anerkennung, Sicherheit und Gerechtigkeit.

BSBD – Stark. Solidarisch. Entschlossen.

Verfasser:

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender

Berufsbeamtentum im Wandel

Sitzung der Hauptvertretung der dbb Bundesseniorenvertretung

Auf der Sitzung der Hauptvertretung der dbb Bundesseniorenvertretung stand das Thema „Berufsbeamtentum im Wandel?“ im Fokus.

Zunächst aber begrüßte der Vorsitzende der dbb Bundesseniorenvertretung Dr. Horst Günther Klitzing die Vertreterinnen und Vertreter der dbb Fachgewerkschaften und der dbb Landesbünde. Eine große Anzahl war der Einladung in das dbb Forum Berlin gefolgt. Anschließend erhob sich die Versammlung zum Gedenken an den verstorbenen dbb-Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach und den zweiten Vorsitzenden Waldemar Dombrowski. Beide sind im ersten Halbjahr 2025 verstorben.

Mit Spannung wurde der Bericht des neuen dbb-Bundesvorsitzenden Volker Geyer erwartet. Geyer, der seit seiner Wahl im Juni 2025 dbb-Bundesvorsitzender ist, startete seinen Bericht mit Kritik an der Politik. Insbesondere die Äußerungen der Ministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas, dass alle – auch die Beamten – in die Rentenkasse einzahlen sollen, wurden von Geyer kritisiert. Aber nicht nur die SPD stehe dem Berufsbeamtentum negativ gegenüber, auch viele der übrigen Parteien hinterfragten, inwieweit der Beamtenstatus überholt ist.

Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU, strebt an, zukünftig das Beamtentum nur noch auf diejenigen zu beschränken, die hoheitliche Aufgaben ausüben. Damit wären der Bereich der inneren Sicherheit, die Justiz und einige wenige andere Bereiche nicht betroffen, aber dafür die übrigen umso mehr.



Foto: BSBD

Winfried Conrad (BSBD) im Gespräch mit Isa März-Toppel (VRFF), Seniorenvertreterin der BG Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)

Volker Geyer beschrieb beeindruckend die Auswirkungen, wenn ein bundesweiter Streik die Schulen lahmlegen würde. Millionen von jungen Menschen und deren Familien wären betroffen, so Geyer. Es wäre nach seiner Auffassung dringend erforderlich, wenn die Politik die Auswirkungen ihrer politischen Entscheidungen mal zu Ende denken würde.

Der Bundesvorsitzende Volker Geyer bat die Anwesenden darum, bei Zusammenreffen mit Abgeordneten des Bundes und der Länder diese Absichten zu thematisieren, indem man die Politikerinnen und Politiker dezidiert befragt, wie sie zum Berufsbeamtentum stehen. Auch befürchtet Volker Geyer, dass man bei der anstehenden Rentenreform erneut die Höhe der Pensionen in die Diskussion mit einbringt.

Anschließend erfolgte noch eine sehr emotionale Diskussion.

Dr. Klitzing versprach dem Bundesvorsitzenden, dass die dbb Senioren hinter dem Erhalt des Berufsbeamtentums stehen und sich dafür einsetzen werden.

Die Sitzung wurde fortgesetzt mit Berichten der Bundesfrauenvertretung und der Jugendvertretung im dbb Bund. Nach Abarbeitung der weiteren Tagungsordnungspunkte bedankte sich Dr. Klitzing bei den Teilnehmern für ihr sehr engagiertes und konstruktives Mitwirken.

Winfried Conrad

- Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then try again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



Die Diskriminierung der Alten — neudeutsch Ageismus

9. Seniorenpolitische Fachtagung der dbb Bundes-Seniorenvertretung

Zum Thema „Die Diskriminierung der Alten — neudeutsch Ageismus“ hatte die dbb Bundes-Seniorenvertretung anlässlich zu ihrer 9. Seniorenpolitischen Fachtagung eingeladen. Die offizielle Überschrift der Veranstaltung lautete „Generation Ü65 – unterschätzt und übersehen?“

Veranstaltungsort war Mitte Oktober Berlin im dbb Forum in der Friedrichsstraße. Neben Vertretern aus der Politik hatte die Seniorenvertretung — wie gewohnt — hochkarätige Referenten und Referentinnen aus verschiedenen Bereichen eingeladen.

Nach kurzer Begrüßung und Einführung in das Thema durch den Vorsitzenden der Bundesseniorenvertretung — Dr. Klitzing — startete die Veranstaltung mit zwei Grußworten. Den Anfang machte Michael Brand, parlamentarischer Staatssekretär bei dem neu strukturierten Ministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er überbrachte zunächst die herzlichsten Grüße von Ministerin Karin Prien. Der Staatssekretär erläuterte, wie die derzeitige Politik sich gegen die Diskriminierung der älteren Generation wenden möchte. Er verwies aber auf die vielen „Baustellen“ in den Zuständigkeitsbereichen seines Ministeriums und auf die Tatsache, dass die derzeitige Koalition erst wenige Monate im Amt sei. Nach der Politik sprach die Spitze des dbb. Der erst wenige Tage im Amt befindliche Bundesvorsitzende Volker Geyer ergriff das

Wort. Zunächst ließ er sich über die Ideen des Ökonomen Marcel Fratzscher aus, der das Mediensommerloch offensichtlich nutzte, um seine Idee für ein verpflichtendes Soziales Jahr für Rentner zu fordern. Auch andere politischen Größen der Bundesrepublik forderten Einschnitte in Rente, Pension und Pflege, ohne sich der daraus ergebenden Konsequenzen bewusst zu sein. Auch einige Medienvertreter würden sich an der der Kampagne gegen die Senioren beteiligen und das bei 19 Millionen Bürgern über 70 Jahre. Geyer bedankte sich ausdrücklich bei den Seniorenvertreterinnen und Vertretern für ihren Einsatz in der Sache.

Danach referierte Professorin Dr. Eva Marie Kessler. Dr. Kessler ist Prorektorin für Interdisziplinarität und Wissenstransfer sowie Inhaberin einer Professur für Gerontopsychologie an der Medical School Berlin. „Ageismus — ein häufiges, wenig erkanntes und oft unwidersprochenes Phänomen“ lautete ihre Kernaussage. Sie nannte zuerst die Facetten von Ageismus:

- ▶ stereotype Altersbilder „in den Köpfen“ problematische gesellschaftliche Erwartungen an ältere Menschen (Altersnormen)
- ▶ gefühlsmäßige Ressentiments gegenüber älteren Menschen
- ▶ ältere Menschen benachteiligende Gesetze, Strukturen, institutionelle Praktiken

- ▶ gegen-sich-selbst gerichtete Überzeugungen über das eigene Altern

Auch über die Folgen sprach Frau Dr. Kessler. Ageismus macht inaktiv, krank, unzufrieden, reduziert den Lebenswillen und er kostet die Gesellschaft Geld.

Ältere Menschen sind unterschiedlich stark von Ageismus betroffen.

Der Blick auf die alterssegregierte Gesellschaft — mit jung heißt Ausbildung, mittelalt heißt Arbeit und alt heißt Freizeit — muss umgebaut werden in eine altersintegrierte Gesellschaft, die nicht nur Freizeit, sondern auch Arbeit und Ausbildung beinhaltet.

Das Anschlussreferat hielt Dr. Stephan Gerbig zu dem Thema „Alter als unzulässiges Diskriminierungsmerkmal: Potentiale und Defizite der Rechtsordnung“. Dr. Gerbig ist Richter am Arbeitsgericht Nürnberg, Lehrbeauftragter für Verfassungsrecht und Menschenrechte an der juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Kernbotschaft ist die Aufnahme des Alters als Diskriminierungsmerkmal in Art. 3 des Grundgesetzes. Derzeit taucht lediglich das Alter als Diskriminierungsmerkmal in Art. 21 der EU-Grundrechtcharta auf.

Nach einer kurzen Mittagspause wurden die Anwesenden abwechslungsreich und humorvoll von dem Berliner Seniorenkabarett „Die Weisetreter“ unterhalten.

Die restlichen Stunden des Nachmittags referierte zunächst ein Vertreter des Deutschen Institut für Menschenrechte über die Auswirkungen von negativen Altersbildern auf die Rechte älterer Menschen. Den Abschluss machte die Diplompsychologin und YouTuberin Dr. Eva Wlodarek. Die „7 Gewinne des Alters“ vermittelte Dr. Wlodarek sehr interessant und kurzweilig der Zuhörerschaft.

Winfried Conrad,
BSBD Bundesseniorensprecher

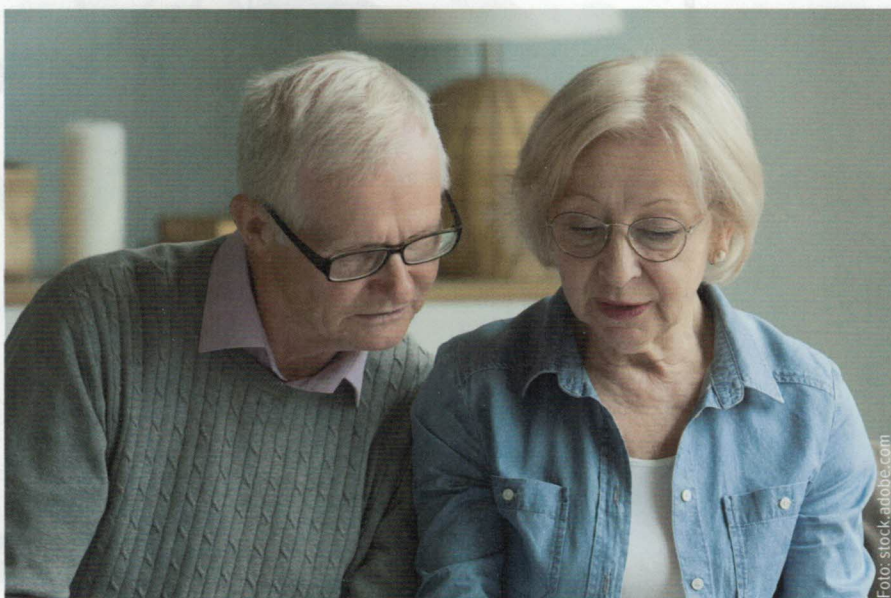


Foto: stock.adobe.com

Manfred Kühne betreut die Pensionäre

Seniorenarbeit des BSBD in Brandenburg

Es hat etwas gedauert, aber seit nunmehr fünf Jahren hat der BSBD Landesverband Brandenburg auch einen Seniorenvertreter. Zeit, nunmehr auch zurückzuschauen, was wir erreicht haben bzw. wo der Schuh noch drückt.

Einige BSBD-Mitglieder, welche in die wohlverdiente Pension gehen, verbleiben im BSBD. Es ist aber nicht nur die Gewohnheit, die sie zum Verbleib veranlasst, es ist ihre gewerkschaftliche Heimat.

Die Hauptbetreuung der Pensionäre erfolgt aber immer noch über die Ortsverbände. Obwohl über 100 Pensionäre weiterhin im BSBD sind, habe ich als Pensionärsvertreter nur Kontakt zu 34 Pensionären aus allen Ortsverbänden. Die Ursache hierfür ist sehr unterschiedlich. Häufig wollen die Pensionäre ihre gewohnten Ansprechpartner aus den Ortsverbänden kontaktieren und geben deshalb ihre Kontaktdaten selten an mich weiter. Es kommt aber auch häufig vor, dass die Vorstände der Ortsverbände erst nach dem Eintritt in den Ruhestand ihrer Mitglieder davon Kenntnis erlangen.

Wann geht ein Kollege in Ruhestand?

Eine Übersicht, welche Kollegin/Kollege wann genau in den Ruhestand geht, haben die Ortsverbände selten, und von den Dienststellenleitungen erhalten sie diese Informationen nicht. Meistens erhalten die Ortsverbandvorsitzen diese Infos durch andere Mitglieder oder weil sich der Neupensionär beim Ortsverband meldet, um nur noch den geringeren Beitrag zahlen zu müssen.

Die Pensionäre, welche ich erfasst habe, sind bei mir in einer E-Mailgruppe zusammengefasst. Hier versorge ich die Mitglieder mit Informationen aus dem Landesverband bzw. mit Informationen, Hinweisen oder Veranstaltungseinladungen des dbb Brandenburg. Der Kontakt mit der Verantwortlichen für Seniorenarbeit des dbb-Landesbundes ist sehr rege und häufig. Frau Wenzel (ehemals Landesvorsitzende der DJG, die als Vorsitzende der Seniorenvertretergruppe im dbb Landesbund agiert) versendet regelmäßig Einladungen an Senioren von anderen Gewerkschaften,



Foto: BSBD

Manfred Kühne, Seniorenvertreter des BSBD Landesverbands Brandenburg

Informationen zur Arbeit des Seniorenverbandes Brandenburg, aktuelle Hinweise/Infos zum Renten- und Versorgungsrecht, von Sozialverbänden und vieles mehr.

Ist die Teilnahme eine Preisfrage?

An einigen Maßnahmen, die im Land angeboten wurden, nahmen auch schon im BSBD organisierte Pensionäre teil. Hier seien z.B. erwähnt Besuche im Führungskommando der Bundeswehr in Geltow, der Schiffsversuchsanstalt Potsdam, des ehemaligen Flugplatzes in Rangsdorf und einiges mehr. Es sind nicht viele Pensionäre, die teilnahmen – die Gründe, warum so wenige, erschließen sich mir nicht immer. Es kann auch eine Preisfrage sein, denn die Teilnehmer müssen ihre Unkosten allein tragen. Eine Bezuschussung durch den BSBD Landesverband kann aus Kostengründen nicht gewährleistet werden. Dazu ist die Mitgliederzahl organisierter Kolleginnen und Kollegen noch stark ausbaufähig.

Vereinzelt kommt es vor, dass sich Pensionäre mit Fragen oder Problemen direkt an mich wenden. Dies sind dann überwiegend Fragen zum Beihilferecht, zu Fragen des Sozialrechts in Verbindung mit der Pflege von Angehörigen und sogar zum Erbrecht. Sollte das Problem durch mich nicht so-

fort geklärt werden können, suche ich mir entsprechende Hilfe bei Fachleuten, auch aus der Gruppe der Seniorenvertreter der BSBD-Landesverbände. Bei meiner Antwort weise ich aber den Fragenden immer darauf hin, dass meine Ausführungen nicht rechtsverbindlich sind, sie können nur eine Hilfestellung sein.

Die Arbeit in der Gruppe der Seniorenvertreter, welcher ich angehören darf, empfinde ich als sehr angenehm und fruchtbar. Die Seminare, an denen ich teilnehmen durfte, haben mir viel neues und anwendungsfähiges Wissen vermittelt, ging es doch hier um Probleme der Senioren.

Arbeit ist noch ausbaufähig

Sicher ist die Arbeit mit den Pensionären im Landesverband noch stärker ausbaubar. Neidisch schiele ich dann häufig nach Baden-Württemberg, wo sich den Pensionären durch Sozialpartnerschaften mit anderen Verbänden ganz andere Möglichkeiten eröffnen. Das ist im Land Brandenburg so nicht einmal in Ansätzen umsetzbar.

Ich aber werde weiterhin versuchen, meine Aufgaben so gut wie möglich zu erfüllen. Ich weiß eine starke Landesleitung an meiner Seite, wo ich auch Hilfe und Unterstützung bekomme. Die Arbeit der Landesleitung mit den Pensionären ist gewollt und wird auch weiterhin erfolgen. Deswegen auch hier der Aufruf an die vorhandenen und künftigen Pensionäre im Land Brandenburg: Setzt Euch mit Eurem Pensionärsvertreter in Verbindung. Die Kontaktmöglichkeiten findet Ihr auf der Internetseite des BSBD Brandenburg oder könnt sie auch über Eure Ortsverbandsvorsitzenden in Erfahrung bringen.

Manfred Kühne,
Seniorenvertreter
BSBD Landesverband Brandenburg

Debatte um das Berufsbeamtentum und die „Pensionslasten“ ist unseriös und kontraproduktiv

Stellungnahme des Hessischen dbb-Landesvorsitzenden Heini Schmitt

Ob Arbeitsministerin Bärbel Bas, CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann oder der Bundesrechnungshof. Die Diskussion zeigt: Am Ende schießen sich die Kritiker jeweils auf die Beamten ein. Sie seien zu viele, zu teuer und würden zu viele Privilegien genießen. Die Erledigung staatlicher Aufgaben durch Angestellte sei daher der richtige Weg. Die Vermutung, dass bei all dem Ideologie und „Bauchgefühl“ im Vordergrund stehen, Fakten hingegen in den Hintergrund treten, drängt sich damit geradezu auf.

Deshalb hier ein paar sachliche Argumente, über die die „Beamten-abschaffer“ und vermeintlichen Retter der Finanzen des Staates“ einmal nachdenken sollten:

Bei der nachstehenden Betrachtung unterstelle ich, dass es den Bürgerinnen und Bürgern ziemlich egal ist, ob sie eine staatliche Dienstleistung von einem Beamten oder einem Angestellten bekommen. Wie viele Steuermittel für das Erbringen der Dienstleistung aufgewendet werden müssen, dürfte sie hingegen schon interessieren. Für eine seriöse Betrachtung dieser Frage muss man einen Beamten einem vergleichbaren Angestellten im öffentlichen Dienst (gleiche Besoldung/Vergütung; bspw. A 6 ggü. EG 6, A 9 ggü. EG 9, A 13 ggü. EG 13) gegenüberstellen, und zwar bei Annahme einer gleichen Vita, also bei angenommenen 40 aktiven Beschäftigungsjahren und 17 Jahren Altersruhephase (Durchschnittswerte):

- ▶ Der Beamte erhält 40 Jahre lang eine geringere Bruttobesoldung als der vergleichbare Arbeitnehmer.
- ▶ Der Beamte muss von seiner Bruttobesoldung noch die Beiträge zu seiner privaten Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Seine danach ihm noch zur Verfügung stehende Nettobesoldung muss ihm reichen, um sich und seiner Familie einen amtsangemessenen Lebensstandard zu ermöglichen. Er muss darauf vertrauen können, dass er mit seinen späteren Versorgungsbezügen (Pension) auch im Ruhestand seinen Lebensstandard halten kann.
- ▶ Der Arbeitnehmer muss von seiner höheren Bruttovergütung anteilig die Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie zur betrieblichen Alterszusatzversorgung (bspw. VBL) zahlen, was trotz höherer Bruttovergütung häufig zu einer geringeren Nettovergütung als die Nettobesoldung des Beamten führt (was dem Steuerzahler aber nichts nützt).
- ▶ Zur geringeren Bruttobesoldung des Beamten muss der Dienstherr (beispielsweise das Land Hessen, und damit der Steuerzahler) 40 Jahre lang die Aufwendungen für die Beihilfe und die spätere Versorgung (dazu später mehr) zahlen.
- ▶ Zur höheren Bruttovergütung des Arbeitnehmers muss der Arbeitgeber (bspw. das Land Hessen, und damit der Steuerzahler) 40 Jahre lang zusätzlich die anteiligen Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung zahlen.
- ▶ In der (durchschnittlich) deutlich längeren aktiven Phase (40 Jahre ggü. 17 Jahren) ist damit rechnerisch klar nachzuweisen, dass ein Beamter im Vergleich zu einem vergleichbaren Angestellten für den Bürger/Steuerzahler keineswegs „teurer“ ist.
- ▶ In der Altersruhephase erhält der Arbeitnehmer seine Rente und zusätzlich die Leistungen aus der betrieblichen Altersvorsorge, während der Beamte ausschließlich aus seiner Versorgung/Pension seinen Lebensunterhalt bestreiten muss.
- ▶ Bei einem voll umfänglich funktionierenden Rentensystem (Generationenvertrag) könnte man unterstellen, dass dem Arbeitgeber/Staat 17 Jahre lang keine Kosten mehr für die Auszahlung der Rente des Arbeitnehmers entstehen, wobei die Rentenkasse neben der tatsächlichen Bruttorente auch die Hälfte der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung weiterhin zahlt.
- ▶ Jedoch funktioniert der Generationenvertrag nicht mehr. Stattdessen muss jedes Jahr ein deutlich zweistelliger Milliardenbetrag als Bundeszuschuss in die Rentenkasse gezahlt werden. Natürlich handelt es sich beim Bundeszuschuss um Steuergelder, mithin auch um Steuerzahlungen von Beamten, die jedoch keine Leistungen aus der Rentenversicherung beziehen.
- ▶ In der Altersruhephase des Beamten (Ruhestand) muss der Dienstherr/Staat/Steuerzahler 17 Jahre lang die Ruhestandsbezüge und die Kosten für die Beihilfe des Beamten zahlen. Und genau hier gilt es, den „lautstarken Unwissenden“ ins Gedächtnis zu rufen, dass für eine seriöse Betrachtung zwischen einem Beamten und einem Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst der Vergleich um folgenden, entscheidenden Aspekt erweitert werden muss: Schon weit zurück im alten Jahrtausend wurden die Beamten immer wieder, teils drastisch, von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt. Besoldungsanpassungen an Tarifierhöhungen geschahen immer wieder in geringerem Umfang, verzögert, gestaffelt oder auch gar nicht. Diese Entwicklung hat sich über Jahrzehnte bis heute fortgesetzt. Mit Versorgungsänderungsgesetzen wurde den Beamten zusätzlich über 15 Jahre ein Teil der Besoldungsanpassungen vorenthalten. Immer wieder wurden diese Einschnitte auch damit begründet, dass die eingesparten Mittel für spätere Pensionsverpflichtungen angespart und angelegt werden. Hätte man diese den Beamten weggenommenen Mittel konsequent langfristig am Kapitalmarkt angelegt, dann könnten heutige Pensionsverpflichtungen zumindest in nennenswertem Umfang aus den Erträgen bedient werden. Entsprechende Schätzungen gehen sogar davon aus, dass eine Summe hätte erwirtschaftet werden können, aus der die Pensionsverpflichtungen in vollem Umfang hätten bedient werden können. Gerade in den wenigen letzten Jahren wurden in manchen Ländern sogar die noch vorhandenen Versorgungsrücklagen aufgelöst und die Mittel zur Haushaltssanierung verwendet. Das war das Geld der Beamten!
- ▶ Der heute immer wieder auch von hochrangigen politischen Kreisen beklagte Zustand, nämlich die „...hohen Pensionsverpflichtungen für die Beamten...“ ist also nichts weiter als das Ergebnis falscher, kurzsichtiger (auf den nächsten Wahltermin schielender), unseriöser und möglicherweise sogar veruntreuender Entscheidungen der Politik in den zurückliegenden Jahrzehnten!
- ▶ Frau Bas und Herr Linnemann beklagen jetzt also einen Zustand, den ihre politischen Vorgänger ohne Not herbeigeführt haben. Und all das geschah gegen den Widerstand der Beamten und gegen die überzeugenden Argumente des dbb.
- ▶ Die Beamten jedenfalls haben die jetzige Situation nicht zu vertreten.

Im Ergebnis muss also eindeutig festgestellt werden: Bei seriöser Gesamtbetrachtung sind die Beamten für den Steuerzahler nicht teurer als vergleichbare Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Bei den Beamten bekommt der Steuerzahler 40 Jahre besondere Treuepflicht und Streikverbot mit dazu. In Zeiten, in denen die Bürger zunehmend die Handlungsfähigkeit des Staates in Frage stellen, sollten sich die politischen Entscheidungsträger gut überlegen, ob sie zusätzliche, große Bereiche des öffentlichen Dienstes aus dem Streikverbot herausnehmen wollen.

Wer die Lokführer aus dem Beamtenstatus herausnimmt, darf sich nicht beschweren, wenn bei Tarifaueinandersetzungen zeitweise die Züge nicht fahren! Und wer aktuell laut darüber nachdenkt, beispielsweise Lehrer aus dem Beamtenstatus herauszunehmen (was rechtlich ohnehin nur in die Zukunft wirkend beim Nachwuchs geschehen könnte), sollte sich gleich mit überlegen, wie er den Schülern und Eltern erklärt, dass bei den turnusmäßigen Einkommensrunden im öffentlichen Dienst über mehrere Tage oder Wochen kein Unterricht stattfindet!

Bei den Vorstößen der Beamtenkritiker ist auch nichts davon zu hören, dass Beamte 40 bzw. 41 Stunden in der Woche arbeiten müssen, Angestellte dagegen „nur“ 39 Stunden (im Vergleich zur Privatwirtschaft immer noch mehr), dass sie Mäßigung bei politischer Betätigung üben müssen und in manchen Rechtskreisen selbst im Ruhestand noch disziplinar belangt werden können.

Die Beamtenkritiker sollten sich auch vor Augen führen, dass die Regierungen in Bund und Ländern jahrelange verfassungswidrige Unteralimentation bei den Beamten nur durchhalten können, weil Beamte dem Streikverbot unterliegen und infolgedessen jahrelang auf zunehmend stringenteren Vorgaben durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts warten müssen.

Wohlgeemerkt: Der dbb steht unumwunden zum Streikverbot für Beamte! Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass hoheitliche Verwaltung auch in Krisenzeiten verlässlich funktioniert. Wenn es das Streikverbot jedoch nicht gäbe, dann müssten sich die Regierungen im Zuge der Verabschiedung von verfassungswidrigen Besoldungsgesetzen auf flächendeckende Streiks auch von Beamten einstellen.

Es gibt also keinen sachlichen Grund, das Berufsbeamtentum in seiner jetzigen Form und die jahrzehntelang bewährte Verteilung der Aufgabenbereiche auf Beamte und Arbeitnehmer und deren Erledigung im besten Miteinander auf Augenhöhe in Frage zu stellen!

Quelle: dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen ■



Zur Person:

Heini Schmitt ist seit 2015 Landesvorsitzender des dbb hessen. Er ist Mitglied in der DPoIG und blickt dort auf eine umfangreiche gewerkschaftliche Arbeit zurück.

Die Genehmigung des dbb hessen zur Nutzung liegt vor.

Foto-Patrick Liste_dbb Bund

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Auch in der Adventszeit
für Euch am Start

Justizvollzug in Deutschland.
Der *BSBD* gehört dazu.

Zentrale Forderungen diskutiert

Tagung der BSBD-Fachgruppe Tarif

Die jüngste Tagung der Fachgruppe Tarif des BSBD Baden-Württemberg hat gezeigt, dass die Tarifbeschäftigten im Justizvollzug bereit sind ihre Interessen mit Nachdruck zu vertreten.

Ein wichtiger Meilenstein war bei der Veranstaltung die Wahl (vorbehaltlich der offiziellen Bestellung durch den Landeshauptvorstand im Jahr 2026) der neuen 1. Stellvertreterin, Andrea Marker und des zusätzlichen 2. Stellvertreters, Alexander Fritz. Beide bringen großes Engagement und Expertise mit, was den Tarifbereich noch stärker macht.

Wir bedanken uns bei Andreas Placht, der aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung gestellt hat, für seine langjährige Mitarbeit und große Unterstützung.

Weiter wurde in dem Rahmen beschlossen, dass Andrea Marker als 1. Stellvertreterin die Streikleitung in Baden-Württemberg bei Bedarf übernehmen wird. Herzlichen Dank an dieser Stelle für ihr Engagement! Großen Raum nahm auch der ausführliche Bericht von Sabine Glas über das Bundestreffen „Arbeitskreis Tarif“ ein.

Beim Bundestreffen der Tarifvertreterinnen und Tarifvertreter aus den Bundesländern vom 14. bis 16. April 2025 in Soltau stand die Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen des TV-L 2025/2026 im Fokus. Die Kernforderungen der Bundesländer umfassen:

- ▶ Höhere Eingruppierung im AVD = E8 / E9
- ▶ Berufsunfähigkeitsversicherung
- ▶ Einheitliche Eingruppierung im Sozialdienst

Der Arbeitskreis Tarif der Bundesländer ist das unverzichtbare Rückgrat unserer Gewerkschaftsarbeit. Hier kommen Experten aus allen Bundesländern zusammen, um ihre umfassende Kenntnis und Erfahrung in die Tarifverhandlungen einzubringen. Durch diese enge Zusammenarbeit kann eine praxisnahe und zielgerichtete Interessenvertretung für unsere Mitglieder gewährleistet werden.

Ein weiteres zentrales Thema der Fachgruppe war die Forderung nach der Reformierung der Entgeltordnung. Sie wird nicht nur in Baden-Württemberg, sondern bundesweit und ressortübergreifend als erforderlich erachtet. Jahrelang wehren sich die Tarifvertragsparteien jedoch mit

Erfolg, über eine längst überfällige Anpassung der Entgeltordnung an die aktuellen Arbeitsprozesse und Anforderungen zu verhandeln.

Es ist an der Zeit, dass die Bezahlung der Tarifbeschäftigten im Justizvollzug an die tatsächlichen Tätigkeitsmerkmale angepasst und die immer größere Lohnlücke zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten geschlossen wird. Eine Ungleichbehandlung ist offensichtlich und den Kolleginnen und Kollegen nicht weiter erklärbar. Eine Vereinfachung und Entbürokratisierung ist unumgänglich.

Eine „Einheitliche Entgeltordnung TV-L Nr. II 12“ für Tarifbeschäftigte im Justizdienst, einschließlich der Verwaltungen, ist dringend geboten.

Tarifbeschäftigte im Justizvollzug können bis maximal E7 Stufe 6 eingruppiert werden.

Eine Möglichkeit in E8, E9 a und E9 b einzugruppiert gibt es aktuell nicht!

Alle relevanten Entgeltgruppen müssen für alle Beschäftigten in der Justiz, inklusive der Verwaltung im Justizvollzug, gleichberechtigt zugänglich sein.

Die Fachgruppe setzt sich daher für die Schaffung von vergleichbaren Karrierepfaden für Tarifbeschäftigte und Beamte ein, um gleiche Entlohnung und Aufstiegschancen für beide Gruppen zu gewährleisten.

Bewerber und Bewerberinnen erwarten mehr Entscheidungsfreiheit in Bezug auf ihre berufliche Laufbahn. In den Blick genommen werden dabei auch „Ältere“ und „Seiteneinsteiger*innen“, die nicht mehr die Beamtenlaufbahn einschlagen können oder wollen.

Die Befristung von Arbeitsverträgen war ein weiteres Thema das die Fachgruppe



v.l.: Daniel Meurer, Andrea Miltenberger, Eva-Maria Baur, Sabine Glas, Stephanie Saltuari, Michael Schwarz, Alexander Fritz, Andrea Marker, Andreas Placht, Foto: BSBD BW

Tarif im Rahmen der Tagung beschäftigte. Eine Entfristungspolitik, die Arbeitnehmern mehr Sicherheit und Planbarkeit gibt, ist notwendig. Befristungen, auch mit Blick auf eine mögliche spätere Verbeamtung oder Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, führen zu Unzufriedenheit und im schlimmsten Fall zu Abwanderung.

Auch der weiterhin bestehende Klärungsbedarf bei der Anrechnung von Bereitschaftszeiten der Tarifbeschäftigten wurde

von den Tagungsteilnehmenden thematisiert. Die Anrechnung von Bereitschaftszeit bei Beamten (100%) und Angestellten (50%) stellt eine Ungleichbehandlung dar, der von der Fachgruppe entgegengetreten wird. Man verfolgt weiterhin das Ziel, dass im Tarifbereich künftig analog zu den Beamten verfahren wird.

Die Fachgruppe Tarif des BSBD Baden-Württemberg bleibt weiterhin engagiert und entschlossen, die Interessen der Ta-

rifbeschäftigten im Justizvollzug zu vertreten. Mit der Wahl der neuen Stellvertreter und der Diskussion zentraler Forderungen wurde ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren und zukunftsorientierten Tarifpolitik gemacht. Gemeinsam werden wir uns auch in Zukunft für die Rechte und Belange unserer Mitglieder stark machen.

Bericht: Sabine Glas

Tagung der Fachgruppe Weibliche Bedienstete

Ein Tag voller Austausch und Erkenntnisse

Die BSBD-Fachgruppe Weibliche Bedienstete traf sich dieses Jahr am 15. September 2025 in der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd.

Die Tagung begann mit einer herzlichen Begrüßung durch die stellv. Anstaltsleiterin Frau Zeller.

Im Anschluss begrüßten die Fachgruppensprecherin Manja Sommer und ihre Stellvertreterin Nadin Deininger die Anwesenden.

BSBD-Landesvorsitzender Michael Schwarz berichtete sodann von den aktuellen Themen des BSBD, darunter die Tarifverhandlungen 2026, Gewalt und auch Mobbing am Arbeitsplatz, Mitarbeitergewinnung, Lebensarbeitszeitkonto und die Zustände beim LZBW.

Die Informationen waren sehr interessant und aufschlussreich. Vielen Dank nochmals dafür!

Nach dem ausführlichen Bericht gab es 2 Neuvorstellungen. Die JVA Stammheim und die JVA Offenburg haben neugewählte Fachgruppensprecherinnen, die in der Runde willkommen geheißen wurden.

Nach einer kurzen Kaffeepause hatten nun alle Fachgruppensprecherinnen die Möglichkeit Neuigkeiten aus den jeweiligen Anstalten vorzutragen.

Dieser rege Austausch wurde lediglich von einer kurzweiligen Mittagspause unterbrochen und ging im Anschluss bis 16 Uhr weiter.



v.r.: Michael Schwarz, Manja Sommer, Nadin Deininger und die weiteren Teilnehmerinnen

Die Schwerpunkte liegen bei allen Anstalten auf der Mitarbeitergewinnung, dem hohen Krankenstand, der Überlastung der Vollzugsbeamten, den exorbitanten Überstunden und der extrem hohen Anzahl an psychisch auffälligen Inhaftierten.

Der Tag war so kurzweilig und der Austausch für alle Beteiligten sehr wichtig, zumal auch noch die Themen Mobbing und

sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz besprochen wurden.

Die Fachgruppe dankt der JVA Schwäbisch Gmünd für Speis und Trank und freut sich darauf, auch 2026 wieder zusammenzufinden.

Bericht: Nadin Deininger

Fachgruppe Werkdienst/ Technischer Dienst mit personellem Neustart

Neues Führungsduo vor großen Herausforderungen

Nach langer Pause fand endlich wieder ein persönliches Treffen der Fachgruppe Werkdienst/ Technischer Dienst statt. Gleich zu Beginn berichtete der stellvertretende Landesvorsitzende Alexander Rees über aktuelle Entwicklungen im Bereich des Werkdienstes. Anschließend informierte der Landesvorsitzende Michael Schwarz über Neuigkeiten aus der Gewerkschaftsarbeit – ein herzliches Dankeschön für seine wertvolle Teilnahme an der Tagung.

Am Nachmittag folgten ausführliche Berichte aus den einzelnen Anstalten. Aufgrund der Vielzahl an wichtigen, angesprochenen Themen musste die Tagesordnung angepasst werden.

Bei den anschließenden Wahlen stand der bisherige Fachgruppensprecher Gerold Steiner nicht mehr zur Verfügung. Er wurde bereits im Juli in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Für sein langjähriges Engagement und seinen Einsatz gilt ihm der besondere Dank der gesamten Fachgruppe.

Bei dieser diesmal zweitägigen Tagung vom 22. bis 23. September 2025 im Hotel Hasen in Herrenberg wählte die Fachgruppe Werkdienst / Technischer Dienst eine neue Leitung:

Zum Fachgruppensprecher wurde (vorbehaltlich der offiziellen Bestellung durch den Landeshauptvorstand im Jahr 2026) Mathias Schmiederer (JVA Offenburg) gewählt, sein Stellvertreter soll künftig Thomas Rentschler (JVA Heimsheim) sein.

Der zweite Tag der Tagung begann mit einem hochinteressanten Vortrag von Bernd Murrweiß (JVA Bruchsal) zum Thema „Neue psychoaktive Substanzen (NPS) – Erkennen, Finden, Handeln“. Der praxisnahe Beitrag wurde von allen Teilnehmenden sehr geschätzt – unser Dank gilt Herrn Murrweiß, sowie der JVA Bruchsal für die Ermöglichung.



Im Anschluss widmete sich die Fachgruppe ihrem Positionspapier. Dieses soll künftig an aktuelle Bedürfnisse angepasst werden. Geplant sind Anträge zu folgenden Punkten:

- ▶ Steigerung der Attraktivität der VAW-Geschäftsführerstellen: Die hohe Fluktuation in den Geschäftsleitungen wirkt sich nach Ansicht vieler Teilnehmender negativ auf den Geschäftsbetrieb aus.
- ▶ Anpassung der Meister-/Technikerzulage: Seit über 20 Jahren unverändert, deckt sie mit über 30jähriger Amortisationszeit nicht annähernd die Kosten einer Meisterausbildung und gilt daher als nicht mehr zeitgemäß.
- ▶ Bessere Bewertung von Sonderfunktionen im VAW: Viele Sonderaufgaben sollten eigenständig und angemessen

honoriert werden, beispielsweise durch Zulagen. Derzeit beträgt die durchschnittliche Wartezeit bis zum Spitzenamt A10Z über 21 Jahre.

In der Abschlussrunde waren sich die Teilnehmenden einig: Die Tagung war ein voller Erfolg. Den neu gewählten Fachgruppensprechern wünschten die Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg für ihre Arbeit. Die nächste Tagung ist für das Frühjahr 2026 geplant und soll wieder mit der Besichtigung einer Anstalt verbunden werden.

Bericht: Alexander Rees

Ein schöner Nachmittag in den Weinbergen Würzburgs

Junge Bedienstete des Ortsverbands Adelsheim gemeinsam unterwegs

Am 10. Oktober wanderten zwölf junge Bedienstete des BSBD-Ortsverbands Adelsheim nach dem Frühdienst durch die Weinberge Würzburgs und verkosteten dabei leckeren Wein. Begleitet wurden sie von Frau Reiss vom Weingut Reiss, die den Kolleginnen und Kollegen viel über den Würzburger Stein zu berichten wusste.

Teilgenommen haben: Bressel (Organisatorin), Heidemann, Klein, Nagl, Bopp, Krämer, Lüth, Thoma, Miksch, Cavli, Steinbach, Günter

Anschließend ging die Gruppe zu einem gemeinsamen Abendessen und ließ den Abend bei schönen Gesprächen ausklingen, bevor sie mit dem Zug wieder in die Heimat fuhren.

Alle Teilnehmenden möchten sich an dieser Stelle ganz herzlich beim BSBD und Kantineverein für die freundliche Unterstützung bedanken.

Bericht: Selina Bressel



Bild: BSBD BW

Auch in der Adventszeit
für Euch am Start

Auch in der Adventszeit
für Euch am Start.

Frehe Weihnachten
und ein gesundes
neues Jahr

Justizvollzug in Deutschland
Der BSBD gehört dazu.

Justizvollzug in Deutschland.
Der *BSBD* gehört dazu.

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Über den eignen Tellerrand hinausschauen

Ortsverband Karlsruhe unternimmt Bildungsfahrt nach Frankfurt

Am 2.10.2025 war ein tolles Programm geboten.

Am Vormittag besuchten die Teilnehmenden die Bundespolizei am Flughafen und erhielten Einblick in deren Aufgaben, darunter die Umsetzung von Abschiebungen.

Nach einer theoretischen Einführung wurde dies mit einer Vorfeld-Rundfahrt zum neuen Abschiebegebäude abgerundet. Die Gruppe war begeistert!

Im Anschluss ging es in die Justizvollzugsanstalt Frankfurt I (U-Haft). Hier wurden sie vom BSBD-Ortsverbandsvorsitzenden Christian Otto und der Anstaltsleitung herzlich begrüßt. Nach einem sehr guten Mittagessen gab es eine Führung durch die Anstalt, bei der viele Eindrücke gesammelt werden konnten. Beim anschließenden Erfahrungsaustausch gab es viel zu besprechen – so wie es sein soll.



Die Gruppe bei der Bundespolizei am Frankfurter Flughafen

Fazit:

Die Bildungsfahrt 2025 war ein voller Erfolg!!!

Bericht: Uwe Haubold



Die Teilnehmenden vor der JVA Frankfurt I

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

WIR
stehen
zusammen!

Aus dem
Vollzug,
für den
Vollzug
BSBD

Mehr
Informationen:
www.bsbd.de

Empfang für Personalräte im Landtag Baden-Württemberg

BSBD-Personalräte in großer Zahl mit dabei

Am 7. Oktober 2025 folgten insgesamt über 200 Mitglieder der BBW-Gewerkschaften der Einladung von Landtagspräsidentin Muhterem Aras in den Stuttgarter Landtag zum Empfang für Personalräte. Es hatten sich auch zahlreiche Vertreter aus dem Justizvollzug eingefunden. Der Landesvorsitzende Michael Schwarz freute sich über die starke Präsenz der BSBD-Personalräte und über zahlreiche gute Gespräche am Rande der Veranstaltung.

Bei einer Diskussionsrunde mit Abgeordneten der Landtagsfraktionen erlebten sie ein überraschend deutliches, fraktionsübergreifendes Bekenntnis zum Berufsbeamtentum. Landtagspräsidentin Aras betonte, dass das Berufsbeamtentum als „Rückgrat einer funktionierenden Demokratie“ fest in der Verfassung verankert sei.

Als Moderator der diesjährigen Diskussionsrunde beleuchtete Axel Graser, ehemaliger Studioleiter des Südwestrundfunks in Stuttgart, Themen vom Lebensarbeitszeitkonto bis zur gegenwärtigen „Neiddebatte“. Es diskutierten BBW-Chef Kai Rosenberger, Alexander Salomon, Landtagsabgeordneter der Grünen, CDU-

Landtagsabgeordneter Christian Gehring, SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch, FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Rülke und AfD-Landtagsabgeordneter Dr. Rainer Balzer.

Graser stellte fest, „so deutlich“ wie Landtagspräsidentin Aras das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum formuliert habe, werde es „gerade draußen“ nicht artikuliert und bat auch die Diskussionsteilnehmer um klare Stellungnahme. Christian Gehring legte daraufhin ein „klares Bekenntnis zum Beamtentum“ ab. Stoch wies ebenfalls auf die Bedeutung der Beamtinnen und Beamten „für einen funktionierenden Staat, für eine gerechte Gesellschaft“ hin. Rülke plädierte zwar für eine „Entbürokratisierung“, allerdings „ohne Angriff auf Beamte, die ihren Dienst verrichten“. Salomon von den Grünen fasste das Bekenntnis für alle Anwesenden schlussendlich zusammen „von uns allen hier oben als Natürlichstes der Welt.“ Entsprechend positiv fiel auch Rosenbergers Fazit aus: „Wir haben hier heute Abend ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum gehört. Dafür hat sich der Abend schon gelohnt.“

Bericht: Alexander Schmid und BBW



Bilder (2): BSBD BW



Die BSBD-Personalräte mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL

Konstruktive Gespräche mit der Politik

BSBD bittet um Unterstützung für seine Anliegen rund um die Tarifverhandlungen

Die kürzlich geführten Gespräche mit CDU und SPD verliefen sehr positiv und haben gezeigt, dass es ein großes Interesse an unseren Themen im Tarifbereich gibt. Die Vertreter beider Parteien haben ihre Position klar und eindeutig dargelegt.

Wir freuen uns über die zugesagte Unterstützung durch die Politik und erkennen darin einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

Letztendlich hängt die Lösung unserer Anliegen jedoch von den Tarifvertragsparteien, Arbeitgebervertretungen und Gewerkschaften, gleichermaßen ab.

Beide Seiten müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, um faire und angemessene Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden.

Wir freuen uns, dass ein Gespräch mit den Grünen in Kürze stattfinden wird und ein Gespräch mit der FDP in Planung ist.

Wir sind zuversichtlich, dass auch diese Dialoge zu einer besseren Verständigung beitragen und Unterstützung für unsere Forderungen führen können.

Wir erwarten in den bevorstehenden Verhandlungen von den Tarifvertragsparteien,



*Im Gespräch für den Tarifbereich mit der Fraktion der SPD
v.l.: Dr. Boris Weirauch MdL, Sabine Glas, Michael Schwarz, Jonas Nicolas Weber MdL*



*Im Gespräch für den Tarifbereich mit der Fraktion der CDU
v.l.: Steffen Schelenz, Dr. Albrecht Schütte MdL, Michael Schwarz, Sabine Glas, Arnulf Freiherr von Eyb MdL*

für alle Tarifbeschäftigten im Justizvollzug mindestens einen Zusatz im TV-L einzufügen, der eine Eingruppierung bis in die Entgeltgruppen 8, 9a und 9b tarifrechtlich zumindest ermöglicht!

Es ist höchste Zeit, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Wir hoffen, dass beide Tarifvertragsparteien die Dringlichkeit unserer Forderungen erkennen und sich für eine faire und zukunftsfähige Lösung einsetzen, die es den Beschäftigten im Justizvollzug ermöglicht, ihre wichtige Arbeit für die Gesellschaft weiterhin mit Engagement und Motivation ausüben zu können.

Wir werden weiterhin für unsere Rechte und Interessen kämpfen und uns für eine bessere Zukunft für alle Beschäftigten im Justizvollzug einsetzen.

Wir sind zuversichtlich, dass gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien und der Politik eine faire und zukunftsfähige Lösung gefunden werden kann.

Bericht: Sabine Glas,
Fachgruppensprecherin Tarif